

# Stuttgart: Muslima neue Landtagspräsidentin



Die frisch konsolidierte grün-schwarze Landesregierung im Stuttgarter Landtag setzt gleich zu Beginn ihrer Regierungsarbeit eine ihrer Hauptpräferenzen um – mehr muslimische Migranten in Amt und Würden zu bringen.

*(Von Cantaloop)*

Die Stuttgarter Nachrichten berichten:

*Der Landtag von Baden-Württemberg hat die 50 Jahre alte Grünen-Abgeordnete Muhterem Aras mit großer Mehrheit zu seiner neuen Präsidentin gewählt. Die türkischstämmige Politikerin erhielt am Mittwoch in geheimer Wahl 96 Ja-Stimmen, 39 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen. Vier Stimmzettel enthielten einen anderen Namen, einer war ungültig. An der Abstimmung nahmen alle 143 Abgeordnete teil.*

*Die Finanzexpertin Aras ist die erste Muslimin an der Spitze*

*des hohen Hauses. Sie bedankte sich für ein „Zeichen der Weltoffenheit, Toleranz und Gelingen von Integration“. Der Landtag war am 13. März gewählt worden.*

Die übliche nichtssagende „Sprechblasen- und Worthülsen-Rhetorik beherrscht sie ja schon, die werte „Stimmenkönigin der Grünen“. Geflügelte Worte wie „Weltoffenheit“, „Toleranz“ und das ganze sattsam bekannte Neusprech-Blabla kommen ihr schon sehr routiniert von den Lippen.

Ebenso ihr Bekenntnis zum Islam: „Mit meiner Nominierung hat die Fraktion die beste Antwort auf die Frage gegeben, ob der Islam zu Deutschland gehört“ – dieser Aussage ist wohl kaum noch etwas hinzuzufügen.

Im Eiltempo verwandelt sich das einst erzkonservative Baden-Württemberg in ein grün-links-versifftes Monstrum, in dem aus lauter Angst davor, etwas Falsches zu tun, alle bisherigen Werte, Vorstellungen und Tugenden im Eiltempo über Bord geworfen werden. Muslimische Migranten vorne und hinten. Sehr viel in der zukünftigen Regierungsarbeit wird sich sicherlich an den Bedürfnissen und Forderungen der lautstarken Minderheit ausrichten, das ist jetzt schon sicher.

So ist es auch kaum verwunderlich, mit welcher Ablehnung und Ausgrenzung der neuen Opposition im Landtag begegnet wird. Gab es bislang zwei Stellvertreter des Landtagspräsidenten, muss in Zukunft zulasten der AfD, der dieser Posten eigentlich zugestanden wäre, mit einem Vorlieb genommen werden.

Also, im Grunde alles so, wie es nicht anders zu erwarten war. Unfair und muslimorientiert – so wird man sich die zukünftige Regierungsarbeit im Ländle vorzustellen haben.